

Christian Hacke

## **Deutschland als Schrittmacher für eine neue europäische Russland-Politik?**

Während Bundeskanzler Schröder mit Kritik gegenüber der Regierung Bush nicht sparte, aber Russlands Präsident Putin zum lupenreinen Demokraten adelte, stellt Bundeskanzlerin Merkel die Außenpolitik gegenüber den beiden Weltmächten zwar nicht gleich vom Kopf auf die Füße, aber manches wird relativiert. Allerdings halten Bundeskanzlerin und Außenminister am Begriff der strategischen Partnerschaft mit Russland fest. Doch vor dem Hintergrund früherer Liebedienerei zeigt Frau Merkel gegenüber Präsident Putin eine betont sachorientierte Einstellung, zumal die neue energiepolitische Abhängigkeit Deutschland und Europa irritieren.

Verführen die enormen Öl- und Gaseinnahmen Moskau zu alt bekannten Weltmachträumen? Nach den postsowjetischen Wirren und vorübergehender Öffnung gegenüber dem Westen knüpft Putin mit seiner Vision einer „souveränen Demokratie“ an Großmachtmythen des 19. Jahrhunderts an. So wie in der russischen Innenpolitik oft demokratische Attrappen erhalten müssen, so wirkt auch Putins Bekenntnis zur außenpolitischen Kooperation vorgetäuscht. Russland sucht vor allem Prestige, Vormacht, eigenen Vorteil und einseitige Abhängigkeiten.

Zwar steht keine Wiedergeburt der Sowjetunion unter Putin an, aber der Westen, Europa und insbesondere Deutschland sollten kühle Interessenpolitik betreiben. Mit Russland sollte weder eine Wertegemeinschaft noch eine strategische Partnerschaft gesucht werden, solange Putin nach dem Motto regiert „repressiv nach innen – aggressiv nach außen“.

Die Verbindung von Repression, Korruption, wirtschaftlicher Rückständigkeit, autoritärer Staatsführung und mangelhaftem internationalem Verantwortungsbewusstsein haben negative Auswirkungen auf Russlands Rolle in der internationalen Politik. Es mangelt dem Land nicht nur an softpower, sondern an dem Willen und der Fähigkeit, in weltpolitischen Ordnungsdimensionen zu handeln.

Seine Außenpolitik besitzt keine zivilisatorische Attraktivität. Den USA ist diese temporär abhanden gekommen, Moskau hat sie nie besessen. Das selbstgerechte Gebaren der Regierung Bush wird bald Geschichte sein. Die anmaßende Politik von Putin hingegen folgt einer historischen Logik und wird Europa und die Welt noch lange beunruhigen, zumal Russlands Auftrumpfen durch Stagnation der europäischen Integration, durch Spaltung des Westens und durch Fehler der USA begünstigt wird.

Klugheit zeigt sich nicht nur im Zuge von Anpassung. Im Gegenteil, jetzt muss Deutschland neben der Fähigkeit zum Ausgleich vor allem den Willen zur Selbstbehauptung zeigen. Diese Rolle ist noch ungewohnt: Während die USA im postsowjetischen Raum die offene Kritik und Konfrontation mit Russland nicht scheuen, sucht Deutschland eher vermittelnd und kooperativ eine Osteuropastrategie, die Russland mit einbindet. Hier liegen Chancen und Risiken für Berlin.

Unter Rot-Grün wurde über Äquidistanz hinaus sogar an der Seite Russlands Gegenmachtbildung praktiziert, um die USA weltweit einzudämmen. Hiervon rückt Frau Merkel ab. Doch Außenminister Steinmeier scheint der Logik der Äquidistanz vieles abzugewinnen. Während also Frau Merkel die deutschen Interessen europäisch einbetten und trotz aller Widrigkeiten aus Washington transatlantisch verankert möchte, setzt ihr Außenminister gegenüber Moskau andere Akzente. Steinmeier reklamiert offenkundig für sich die Zuständigkeit für die deutsche Russlandpolitik. „Annäherung durch Verflechtung“ soll die neue Losung lauten.

Auf dem informellen Treffen der EU-Außenminister in Finnland wurden Anfang September offensichtlich in diesem Sinne Weichen für eine neue Ostpolitik der EU gestellt. Außenminister Steinmeier versteht sich als Schrittmacher dieser neuen Politik, mit dem Ziel „das konstruktive Engagement Russlands durch neue Kooperations- und Integrationsangebote zu fördern.“ Durch stärkere Verflechtung soll eine wertebasierte Partnerschaft entwickelt werden, denn ohne diese könne es mit Russland weder zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung noch zu Lösungen von Konflikten wie zum Beispiel im Nahen Osten kommen.

Anlass zur Überprüfung der bisherigen Politik bietet das Auslaufen des europäisch-russischen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens. Mit Blick auf das neue, umfassendere Vertragswerk befürwortet insbesondere Deutschland ein integratives und perspektivisches Abkommen mit Signalen, dass Russland in Europa willkommen ist. Mittelfristig werden eine Freihandelszone, eine Energiepartnerschaft und der Ausbau der gesellschaftlichen und kulturellen Kontakte ins Auge gefasst.

Darüber hinaus soll die außenpolitische Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP bis zu gemeinsamen Einsätzen von Friedens- und Stabilisierungstruppen ausgebaut werden. Diese Vorstellungen des Auswärtigen Amtes in Berlin zur beispiellosen Intensivierung der Beziehungen zu Russland wird durch entsprechende Vorschläge für eine Modernisierungspartnerschaft mit Osteuropa, dem südlichen Kaukasus und Zentralasien zu einer kohärenten Ostpolitik der EU ergänzt bzw. zusammengefasst. Ziel dieser neuen, von Berlin forcierten EU-Ostpolitik ist die friedliche, rechtstaatliche und demokratische Entwicklung im postsowjetischen Raum.

Der historische Bezug zu Egon Bahrs Politik „Wandel durch Annäherung“ deutet auf eine sozialdemokratische Traditionslinie, der sich Steinmeier verpflichtet sieht. Das Auswärtige Amt sucht noch mehr Kooperation, noch mehr Energiepartnerschaft für die deutsch-russische und sogar für die europäisch-russische Zukunft. Skepsis und Bedenken gegenüber der autoritären russischen Staatsführung scheinen an Bedeutung zu verlieren. Eine solche Umorientierung deutscher Außenpolitik ist hochriskant. Die USA werden sich im Innern und in der Außenpolitik erneuern. Die Politik des Kreml hingegen, repressiv nach innen und aggressiv nach außen, ist strukturbedingt und lässt wenig Hoffnung aufkommen, dass ausgewogene Annäherung durch Verflechtung Realität werden könnte.

Seit Russland droht, Europa den Gashahn abzdrehen, wird sich Deutschland seiner hochgradigen Energieabhängigkeit bewusst. Doch nicht nur Russlands, auch Chinas lautlose, aber effektive Energiepolitik lässt weltweit aufhorchen. Dazu erscheint der Iran nicht nur als Staat mit Nuklearambitionen, sondern auch als wichtiger Energieproduzent. Aus Lateinamerika droht ebenfalls Un-

gemach, falls die Präsidenten von Venezuela und Bolivien mit der Verstaatlichung der Öl- und Gasexporte ernst machen und nicht davor zurückschrecken sollten, Konflikte um Öl und Gas anzufachen. Große und kleine Energiemächte suchen auf rücksichtslose Weise ihren Interessen durchzusetzen. Diesen Ansinnen kann Deutschland allein mit gut gemeinter Kooperation und multilateralen Beschwichtigungsvorschlägen nur unzureichend begegnen.

Diese neue energiepolitische Front von undemokratischen Regimen in der Welt erfordert einen neuen Selbstbehauptungswillen der freien Welt.

Gerade für Deutschland sind Erpressungstaktiken, Machtrivalitäten und die Drohung neuer energiepolitischer Abhängigkeiten völlig neu, erfordern also schnelle Lernfähigkeit. Jetzt kann Deutschland nicht mehr allein mit gut gemeinter Kooperation und multilateralen Beschwichtigungsvorschlägen aufwarten. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier nach einer neuen Energiepolitik dringlich, aber auch eine Neubesinnung auf die Kernkraft ist gefordert. Leider bleibt der Koalitionspartner SPD beim Nein und wird von den Grünen nachhaltig unterstützt.

Doch rote und grüne Politiker vergessen bei ihrem Energiemix, dass hinter jedem Windrad und jedem Sonnenkollektor ein fossil betriebenes Kraftwerk stehen muss, damit eine kontinuierliche Stromversorgung gewährleistet bleibt. Das ist keine intelligente Lösung für ein Industrieland. Unverantwortlich ist nicht die Forderung nach modernisierter Kernenergie, sondern ihre Verhinderung. Solange sich die überwältigende Mehrheit von Staaten und Unternehmen Nutzen von der Kernkraft versprechen, können die Einwände gegen die friedliche Nutzung des Atoms nicht überzeugen.

Deutschland sollte nicht schon wieder, diesmal in der Energiepolitik, auf einem Sonderweg beharren, darf Deutschland nicht zum energiepolitischen Geisterfahrer werden: Während alle anderen G-8 Staaten auf dem Gipfel in St. Petersburg die Kernenergie zum Fundament für Energiesicherheit erklären, lehnt Deutschland als einziger Staat die Kernenergie weiter ab. Damit steht Deutschland auf verlorenem Posten. Selbst die neue linksorientierte italienische Regierung befürwortet Kernenergie. Konsequenterweise würde weniger Abhängigkeit von Russland und eine positive Bewertung der Atomkraft

Deutschland energiepolitisch stärken, europäisch gemeinschaftlich aufrichten und seine weltweit führende Rolle im Bereich der Energietechnologien sichern. Diese neue Dimension energiepolitischer Abhängigkeit, die durch die Politik der Bundesregierung noch verschärft wird, konterkariert die Bemühungen um ein kraftvolles und einiges Auftreten der EU gegenüber Russland. Denn die politisch sinnvolle Strategie einer erweiterten Einbindung Russlands kann unter der Bedingung energiepolitischer Unselbständigkeit nicht erfolgreich sein – zum Schaden Deutschlands, der EU und Russlands. Dies zu verhindern ist die Aufgabe der deutschen Schrittmacher einer erweiterten und vertieften Russlandpolitik, die auch das eigene Interesse im Auge behält.